



Frankreich zerbricht nicht.
Das ist ja das Verstörende.

Die Züge fahren noch. Die Cafés sind voll. Die Republik funktioniert auf dem Papier weiterhin erstaunlich präzise. Paris glänzt. Die Minister reden. Europa hört zu. Und doch liegt über diesem Land inzwischen eine Müdigkeit, die schwerer wiegt als offene Wut.

Es ist die Müdigkeit eines Staates, der seinen Bürgern immer mehr verspricht — und ihnen zugleich immer weniger Sicherheit geben kann.

Die Franzosen erleben heute keinen großen Knall. Keine Revolution. Kein plötzliches Chaos. Sondern etwas viel Gefährlicheres:
das langsame Einsickern von Zweifel in den Alltag.

Der Arzttermin kommt in sechs Monaten.
Die Stromrechnung steigt.
Die Schulen funktionieren schlechter.
Das Wasser macht Angst.
Der Staat verschuldet sich weiter.
Und überall hört man denselben Satz:
„So kann es doch nicht ewig weitergehen.“

Das französische Modell lebte jahrzehntelang von einer stillen Übereinkunft:
Der Staat schützt euch. Dafür vertraut ihr dem Staat.

Genau dieser Vertrag beginnt nun zu bröckeln.

Nicht weil Frankreich arm geworden wäre. Nicht weil die Institutionen kollabieren. Sondern weil die Menschen spüren, dass die politische Maschine immer hektischer arbeitet — und gleichzeitig immer weniger Zuversicht produziert.

Die eigentliche Krise Frankreichs ist deshalb keine finanzielle.
Keine militärische.
Keine parteipolitische.

Es ist eine Krise der inneren Gewissheit.

Ein Land verliert langsam den Glauben daran, dass morgen besser wird als heute.



Und vielleicht ist genau das die gefährlichste Erschöpfung einer Demokratie:
wenn nicht mehr der Zorn dominiert —
sondern die stille Hoffnungslosigkeit.

Ein Kommentar von Christine Macha